

Antikriegskundgebung 24.2.24 Waffenstillstand jetzt !

Redebeitrag der VVN-BdA

Am Vorabend des 1. Weltkriegs wurde der Internationalist und Pazifist, der französische Sozialist Jean Jaures von einem Rechtsradikalen ermordet. Als glühender Kriegsgegner prangerte er immer wieder Militarismus und Nationalismus an. Mit klaren Worten benannte er die Ursachen von Kriegen: „*Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen*“. Sein Vermächtnis gilt auch heute: der Kampf gegen Rechts muss gemeinsam mit der Antikriegsbewegung geführt werden.

In den letzten Wochen gingen Hunderttausende gegen faschistische Deportationspläne, gegen die AfD und die gesellschaftliche Rechtsentwicklung auf die Straße. Viele sehen, dass die Ursache der Empfänglichkeit für rechte Krisenlösungen in der zunehmenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft liegt, und in einer Regierungspolitik, die Krisenlasten einseitig auf Arbeiter, Angestellte und Geringverdiener abwälzt und keine Antworten hat auf die Zukunftsängste großer Teile der Bevölkerung.

Ursache der Rechtsentwicklung ist auch die anhaltende Aufrüstungs- und Kriegspolitik der Bundesregierung, die dem Primat des Militärischen den gesamten zivilen Bereich unterordnet und einen Haushalt beschlossen hat, in dem 90 Milliarden € für dringende Aufgaben im Sozialen, für Infrastruktur und Klimarettung fehlen, weil sie für Bundeswehr und Rüstungsindustrie ausgegeben werden.

Diese unsoziale Politik verursacht Entsolidarisierung, befördert autoritäre und demokratiefeindliche Entwicklungen.

„Wir müssen kriegstüchtig werden“ hat Kriegsminister Pistorius vorgegeben. Er meint damit die vollständige Anpassung und Unterwerfung der Bevölkerung in allen Bereichen:

- Es wird kein Widerspruch zum herrschenden Narrativ vom „Krieg der Guten gegen das Böse“ geduldet. Wer Kriegspropaganda kritisiert oder hinterfragt, wird zum Putin-Versteher erklärt. Andere Meinungen werden aus dem herrschenden Diskurs ausgeschlossen. Wenn nur noch Feindbilder geschaffen und verbreitet werden, braucht man sich nicht wundern, wenn auch Nationalismus und Rassismus anwachsen.
- Kriegsgegner*innen, die sich der Hetze und Aufrüstung entgegenstellen, werden genauso diffamiert und kriminalisiert wie konsequente Antifaschist*innen, die sich den Rechten auf der Straße aktiv in den Weg stellen.

Mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz und verschärfte Polizeigesetze befördern Demokratieabbau genauso wie Versammlungs- und Veranstaltungsverbote und rassistische Hetze gegen Menschen, die die barbarische Bombardierung und Vertreibung der Bevölkerung in Palästina anprangern.

„Kriegstüchtig werden“ heißt, wir alle sollen diese autoritäre Politik aktiv mittragen. Dafür sorgt heute schon Kriegspropaganda auf allen Kanälen. Aber das reicht offensichtlich noch nicht aus:

- Deshalb will die Bundeswehr wieder verstärkt in Schulen werben und versandelt mit ihren Plakate Bushaltestellen in Tübingen. Deshalb werden Pläne für die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einen allgemeinen Pflichtdienst diskutiert.

- Damit das Militär in der Mitte der Gesellschaft seinen festen Platz findet, soll ein Veteranentag eingeführt werden, zu Ehren von Menschen, die zum Töten ausgebildet wurden.
- Städte sollen nicht nur Patenschaften für Bundeswehreinheiten übernehmen wie es z.B. Rottenburg bereits gemacht hat, sondern bald auch an zivil-militärischen Katastrophenübungen teilnehmen.

Rechtsradikale und neofaschistische Parteien profitieren von diesen Entwicklungen. Rechte Netzwerke unter aktiver Beteiligung von Polizisten und Bundeswehrsoldaten wurden aufgedeckt, sind aber vermutlich nur die Spitze des Eisbergs.

Die AfD, die sich immer wieder als Friedenspartei inszeniert, ist ein demagogischer Wolf im Schafspelz.

In ihren Strategiepapieren und im Bundestag begrüßt und unterstützt sie alle Aufrüstungsbeschlüsse. Nach ihrem Willen soll die Bundeswehr umfassend und mit „deutlich mehr Mitteln ertüchtigt werden“. Die AfD will eine „starke Armee schaffen, die anerkannt, geachtet und gefürchtet“ ist. Dafür braucht es dann auch eine „kriegsnahe Ausbildung“ der Soldatinnen und Soldaten (AfD-Konzeption zur Ausbildung einer starken Bundeswehr).

Die Pläne der Kriegstreiber*innen können wir nur stoppen, wenn wir den Kampf gegen Rechtsentwicklung und Krieg gemeinsam führen. Dies haben die Überlebenden der faschistischen Konzentrationslager nach ihrer Befreiung geschworen 1945. Ihr Vermächtnis gilt auch heute noch:

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Gisela Kehler-Bleicher
VVN-BdA Kreisvereinigung Tübingen-Mössingen